

Norbert Berthold, Rainer Fehn, Eric Thode

## Fallende Lohnquote und steigende Arbeitslosigkeit: Ist das „Ende der Bescheidenheit“ die Lösung?

*Seit Anfang der 90er Jahre nimmt in der Bundesrepublik die Arbeitslosigkeit trotz fallender Lohnquote kontinuierlich zu. Haben wir die keynesianische Situation einer mangelnden Nachfrage auf den Gütermärkten? Kann die Arbeitslosigkeit durch eine expansivere Lohnpolitik abgebaut werden?*

Wie kein anderes Thema beschäftigt die Arbeitslosigkeit seit nunmehr schon etlichen Jahren die Menschen in Deutschland. Zukunftsangst macht sich breit, weil die Bürger befürchten, daß eine immer weiter steigende Massenarbeitslosigkeit ihr unvermeidliches Schicksal ist. Hinzu kommt allerdings inzwischen noch die Angst, daß – nicht zuletzt angesichts einer zunehmenden Globalisierung der Märkte – die Löhne ins Bodenlose fallen werden. Die seit Jahren stagnierenden Nettoeinkommen der Arbeitnehmer und die seit Anfang der 80er Jahre nahezu ununterbrochen sinkende Lohnquote werden als gewichtige Indizien in diese Richtung gedeutet.

Angesichts des stark emotionalisierten Themenkomplexes, geht es doch um die elementare Wohlfahrtsposition der betroffenen Bürger, wird es immer schwieriger, eine nüchterne Analyse vorzunehmen und die sich daraus ergebenden ordnungspolitischen Schlußfolgerungen aufzuzeigen. Konnte man jedoch in den letzten Jahren bei einigem guten Willen davon sprechen, daß gemessen am Ziel der Beschäftigungssteigerung wenigstens die Grundausrichtung der Wirtschaftspolitik stimmte, so ist dies angesichts der sich derzeit abzeichnenden Kehrtwende in der deut-

schen Wirtschaftspolitik nicht mehr möglich. Der nach nahezu einhelliger Auffassung unter Ökonomen größtenteils klassisch-strukturellen Arbeitslosigkeit will man nun nicht mehr mit einer erhöhten Funktionsfähigkeit der Märkte, insbesondere des Arbeitsmarktes, zu Leibe rücken, sondern vielmehr mit einem brisanten Gemisch aus expansiverer Lohnpolitik, staatlich initiiertes Steigerung der Güternachfrage, künstlicher Verknappung des Arbeitsangebotes und Ausweitung der staatlichen Nachfrage nach Arbeitskräften. Mag dadurch zwar kurzfristig die offiziell ausgewiesene Arbeitslosigkeit über Strohuereffekte sinken, so sind jedoch längerfristig fatale Wachstums- und Beschäftigungseinbußen die unausweichlichen Konsequenzen.

### Arbeitslosigkeit durch zurückhaltende Lohnpolitik?

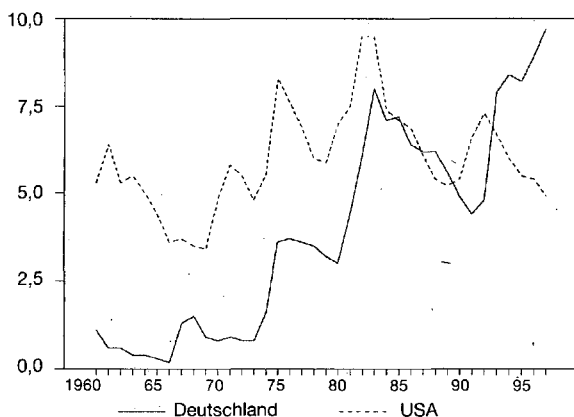
Eine wichtige Komponente in diesem „neuen“ wirtschaftspolitischen Denken ist die Ankündigung vom „Ende der Bescheidenheit“, also von einer vermeintlich zu maßvollen Lohnpolitik, welche nicht nur den Arbeitnehmern ihren „fairen“ Anteil am volkswirtschaftlichen Kuchen vorenthält, sondern darüber hinaus auch noch für eine angeblich vorhandene Nachfrageschwäche verantwortlich zeichnet<sup>1</sup>. Diese sei wiederum zu einem großen Teil für die Beschäftigungsmisere ausschlaggebend.

„Wissenschaftlich“ untermauert wird diese These regelmäßig mit dem Hinweis darauf, daß in (West-) Deutschland die Lohnquote seit Anfang der 80er Jahre tendenziell abnimmt, wohingegen die Arbeitslosigkeit angeblich unaufhaltsam steigt. Da der Anstieg der Arbeitslosigkeit mit einer seit Jahren vermeintlich zurückhaltenden Lohnpolitik einhergehe, zeige dies, daß

---

*Prof. Dr. Norbert Berthold, 46, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft; Dr. Rainer Fehn, 30, ist wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik der Universität Würzburg; Eric Thode, 28, Dipl.-Volkswirt, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am selben Lehrstuhl.*

**Abbildung 1**  
Standardisierte Arbeitslosenrate in Deutschland und den USA (1960-1997)



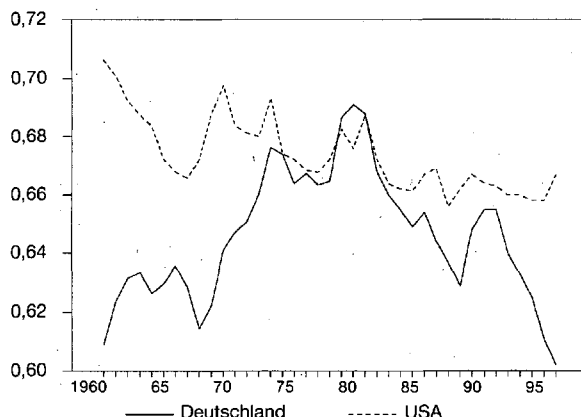
Quellen: OECD: Economic Outlook, Juni 1998; OECD: Statistical Compendium 1996.

Lohnzurückhaltung nicht nur ein untaugliches Konzept zum Abbau der Arbeitslosigkeit sei, sondern im Gegenteil die Beschäftigungsmisere sogar verschlimmere. Zu geringe Lohnsteigerungsraten, die hinter den Produktivitätsfortschritten zurückbleiben, führen demzufolge nicht nur zu einer Verlagerung von den Lohneinkommen hin zu den Gewinneinkommen, sondern über eine verringerte Konsumnachfrage auch zu einem Ausfall an Binnennachfrage und damit zu einem Anstieg keynesianisch bedingter Arbeitslosigkeit. Wäre die Arbeitslosigkeit hingegen auf zu hohe Reallohne zurückzuführen, dann müßte die Lohnquote gestiegen sein.

Aus dem Zusammenspiel von Lohnquote und Arbeitslosigkeit ließe sich also die Wurzel des Übels Arbeitslosigkeit eindeutig erkennen: Klassisch-strukturelle Arbeitslosigkeit ginge mit einer steigenden Lohnquote einher, während eine sinkende Lohnquote untrügliches Zeichen keynesianischer Arbeitslosigkeit sei. Die seit 1981 beinahe durchgehend rückläufige Lohnquote in (West-) Deutschland zeige also, daß nur eine Ausweitung der aggregierten Güternachfrage ein erfolgversprechendes Rezept zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit sein könne.

Diese Ansicht steht aber in einem bemerkenswerten Gegensatz zu der unter Ökonomen allgemein vorherrschenden Auffassung, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu rund 85% klassisch-struktureller Natur ist<sup>2</sup>. Es stellt sich unweigerlich die Frage, ob die ökonomische Zunft mit der sinkenden Lohnquote ein wichtiges Indiz übersehen hat, welches ihre Einschätzung der Lage widerlegt. Es könnte aber auch im

**Abbildung 2**  
Lohnquote in Deutschland und den USA (1960-1998\*)



\* 1998 Prognosewerte.

Quellen: OECD: Economic Outlook, Juni 1998; OECD: Statistical Compendium 1996; eigene Berechnungen.

Gegenteil der Fall sein, daß eine sinkende Lohnquote bei steigender Arbeitslosigkeit das längerfristige Ergebnis anhaltender klassisch-struktureller Probleme, also insbesondere eines wenig funktionsfähigen Arbeitsmarktes ist. Es gilt daher im folgenden, den Zusammenhang zwischen Lohnquote und Arbeitslosenrate etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Zu diesem Zweck muß aber zunächst einmal untersucht werden, wie sich die Lohnquote und die Arbeitslosigkeit tatsächlich entwickelt haben, wobei als Vergleichsland die USA herangezogen werden.

### Lohnquote und Arbeitslosigkeit

Wie Abbildung 1 zeigt, ist die Arbeitslosenrate in Deutschland seit dem ersten Ölpreisschock 1973 in drei Schüben angestiegen. Allerdings steigt die Arbeitslosenrate keineswegs unaufhaltsam an, sondern vielmehr gelang in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ein kleiner und von 1983 bis 1990 ein deutlicher Abbau der standardisierten Arbeitslosenrate. Dennoch lag sie 1990 mit 4,9% weit über dem Stand von 1973 von 0,8%. Seit 1990 ergibt sich jedoch tatsächlich das düstere Bild einer sich kontinuierlich verschärfenden Beschäftigungsmisere, die erst im Laufe dieses Jahres etwas nachgelassen hat. Ein wesentlich positiveres Bild ergibt sich für die USA, wo die Arbeitslosenrate zwar ebenfalls in den Krisenjahren 1973-75,

<sup>1</sup> Vgl. etwa das Minderheitsvotum des DIW im Gemeinschaftsgutachten der Forschungsinstitute im Herbst 1998.

<sup>2</sup> Vgl. OECD: Economic Outlook, Nr. 63, Paris 1998, S. 173 f.

<sup>3</sup> Dieser qualitative Verlauf ist in allen Lohnquotenkonzepten wiederzufinden, es existieren lediglich Niveauunterschiede.

1979-81 und 1990-91 deutlich anstieg, aber eben anschließend die Arbeitslosenrate jeweils ungefähr auf das Ausgangsniveau zurückkehrte. Bemerkenswert ist aber vor allem auch, daß in den USA seit 1992 die Arbeitslosenrate kontinuierlich auf mittlerweile unter 5% gesunken ist.

In einem recht auffallenden Kontrast dazu steht die Entwicklung der Lohnquote (vgl. Abbildung 2). Sie spiegelt wider, wie groß der Anteil der Lohnsumme, also der Einkommen der beschäftigten Arbeitnehmer, am gesamten Volkseinkommen ist. Die Lohnquote hat lange Zeit relativ wenig Aufmerksamkeit erfahren, weil man wohl letztlich unter dem Einfluß der weit verbreiteten Annahme, die Substitutionselastizität zwischen Kapital und Arbeit betrage eins, von einer langfristig weitgehend konstanten Lohnquote ausging. Schon hier ergibt sich eine wichtige Parallele zur Arbeitslosigkeit, weil das Paradigma einer „natürlichen Arbeitslosenrate“ ebenfalls für eine erhebliche Zeit herrschende Lehrmeinung war. Die Lohnquote ist aber genauso wie die Arbeitslosenrate keineswegs für alle Länder in den vergangenen 35 Jahren konstant geblieben. Sie hat sich vielmehr ähnlich wie die Arbeitslosenrate nur in den USA im Zeitablauf relativ wenig verändert, sie schwankt dort in einem recht engen Korridor zwischen 65% und 70%.

Von einer längerfristig nahezu konstanten Lohnquote kann hingegen genauso wie bei der Arbeitslosenrate in Deutschland keine Rede sein. Hierzulande weist die Lohnquote eher einen buckelförmigen Verlauf auf. Sie lag in Deutschland noch Ende der 60er Jahre bei einem relativ niedrigen Wert von knapp über 60%. Sie stieg dann bis Anfang der 80er Jahre in Schüben auf Werte von knapp unter 70% an, wohingegen sie seitdem beinahe kontinuierlich gefallen ist<sup>3</sup>. Nur der kurzlebige Boom im Zuge der Wiedervereinigung brachte einen vorübergehenden Ausschlag der Lohnquote nach oben. Mittlerweile ist die Lohnquote sogar unter das Niveau von 1960 gefallen.

### Keynesianische Probleme?

Auffällig ist vor allem die gegenläufige Entwicklung in Deutschland von Arbeitslosenrate und Lohnquote in den 90er Jahren. Es stellt sich unmittelbar die Frage, ob dieser paradoxe Verlauf möglicherweise tatsächlich auf eine zu zurückhaltende Lohnpolitik und dadurch hervorgerufene keynesianische Probleme zurückzuführen ist.

Aus der Entwicklung der Lohnquote läßt sich nicht ohne weiteres auf den Kurs der Lohnpolitik schließen. Eine konstante Lohnquote bedeutet lediglich, daß der

durchschnittliche Reallohn im Ausmaß der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität gestiegen ist. Daraus kann aber keineswegs zwingend geschlossen werden, daß eine sinkende Lohnquote Beleg ist für eine zurückhaltende Lohnpolitik. Eine sinkende Lohnquote bedeutet zunächst einmal nur, daß die Lohnsumme weniger stark gestiegen ist als das Volkseinkommen. Dies kann aber sowohl durch eine zurückhaltende als auch durch eine aggressive Lohnpolitik hervorgerufen werden. Das Ergebnis hängt entscheidend von der Elastizität der Arbeitsnachfrage in bezug auf den Reallohn ab<sup>4</sup>.

Eine zurückhaltende Lohnpolitik, welche den durch das Trendwachstum der Arbeitsproduktivität vorgegebenen verteilungs- und beschäftigungsneutralen Lohnerhöhungsspielraum nicht voll ausschöpft, führt dann zu einer sinkenden Lohnquote, wenn die Elastizität der Arbeitsnachfrage relativ gering und zwar kleiner als eins ist. Die sinkenden Lohnstückkosten haben dann nur einen relativ geringen Beschäftigungsanstieg zur Folge, so daß der Anteil der Arbeitnehmer-einkommen insgesamt am Volkseinkommen fällt. Diese Konstellation ist zunächst einmal in einem keynesianisch geprägten Umfeld von Bedeutung. Nicht von ungefähr argumentieren die Anhänger dieser Sichtweise daher auch, daß in Deutschland eine vermeintlich vorliegende Nachfrageschwäche auf dem Gütermarkt der relevante Grund für die hiesige Beschäftigungsmisere ist.

In einer keynesianischen Situation wird die Arbeitsnachfrage durch die mangelnde Nachfrage auf dem Gütermarkt nach oben beschränkt. Reallohnänderungen haben so gut wie keine Beschäftigungseffekte, und die Arbeitsnachfrage ist aufgrund der fehlenden Absatzmöglichkeiten auf den Gütermärkten nahezu vollkommen unelastisch<sup>5</sup>. Schlimmer noch, die Protagonisten des keynesianischen Ansatzes weisen darauf hin, daß die bei sinkenden Reallohnen und abnehmender Lohnquote erfolgende Umverteilung von den Arbeitnehmer- zu den Unternehmerhaushalten nicht nur unter Verteilungsgesichtspunkten problematisch ist, sondern, daß sie sogar endogen die Beschäftigungsmisere verschärfe. Sie argumentieren in der Tradition Kaldors damit, daß die Arbeitnehmerhaushalte

<sup>4</sup> Präziser gesprochen hängt das Ergebnis davon ab, wie leicht eine Substitution von Arbeit durch Kapital erfolgen kann. Unter der Annahme einer konstanten Substitutionselastizität entspricht diese Größe vom Betrage her aber gerade der Elastizität der Arbeitsnachfrage.

<sup>5</sup> Vgl. N. Berthold: Keynesianische versus klassische Arbeitslosigkeit, in: WiSt, Band 17 (1988), Heft 10, S. 485-493.

<sup>6</sup> Vgl. R. Fehn: Der strukturell bedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa: Ursachen und Lösungsansätze, Baden-Baden 1997, S. 28-36.

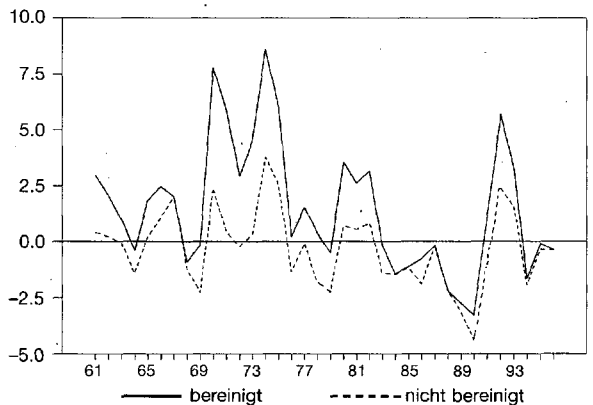
eine höhere Konsumquote als die Unternehmerhaushalte aufweisen, und demzufolge mit der Lohnquote die Binnennachfrage und damit auch die aggregierte Güternachfrage sinkt. Liegt aber tatsächlich keynesianische Arbeitslosigkeit vor, dann könnte dies eine Niveaureduktion der weitgehend unelastischen Arbeitsnachfrage zur Folge haben. Bei gegebenem Arbeitsangebot würde eine zurückhaltende Lohnpolitik daher einen weiteren Anstieg der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit nach sich ziehen. Das angekündigte „Ende der Bescheidenheit“ wäre also nicht etwa unverantwortliches Gewerkschaftsverhalten, sondern ein wichtiger Beitrag zum Abbau der Beschäftigungsmisere.

**Nicht überzeugende Argumentation**

Diese Kaufkrafttheorie des Lohnes ist anscheinend ein zu schönes Märchen, als daß sie jemals vom bunten Markt des ökonomischen Theorieangebotes verschwinden würde. Wunschdenken ersetzt leider allzu oft ökonomische Vernunft, obwohl eine zurückhaltende (aggressive) Lohnpolitik bislang, wenn auch mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung, noch immer zu sinkender (steigender) Arbeitslosigkeit geführt hat. Der Motor des Beschäftigungswachstums sind die Investitionen, und private Akteure sind eben nur bei verbesserten und nicht bei verschlechterten Gewinnerwartungen bereit, sich vermehrt auf riskante Investitionen einzulassen. Während aber der negative Angebotseffekt einer aggressiven Lohnpolitik die Unternehmungen in vollem Umfang trifft, sind die vermeintlich auftretenden positiven Nachfrageeffekte höchst unsicher und allenfalls von kurzer Dauer.

Führt eine zurückhaltende Lohnpolitik einmal tatsächlich aufgrund einer anhaltenden Nachfrageschwäche auf dem Gütermarkt nicht zu den erwünschten positiven Beschäftigungseffekten, dann ist es völlig verfehlt, diesem Problem mit einem Umschwenken auf einen aggressiveren Kurs der Lohnpolitik zu Leibe rücken zu wollen. Vielmehr sind dann die Geld- und die Fiskalpolitik gefragt, über Zins- und Steuersenkungen für positive Nachfrageimpulse zu sorgen. In einer solchen, eher keynesianisch geprägten Situation wäre das Ziel der Preisniveaustabilität auch nicht gefährdet, weil ja eine Nachfragerücke auf dem Gütermarkt vorliegen müßte und die Preise daher tendenziell fallen müßten. Es müßten also gewichtige Anzeichen einer Deflation auszumachen sein. Preisniveaustabilität, wie sie derzeit in Deutschland zu verzeichnen ist, ist hingegen kein Indikator für eine Nachfragerücke auf dem Gütermarkt, sondern vielmehr eine wichtige Voraussetzung für ein Anspringen der Investitionen.

**Abbildung 3**  
**Aggressivitätsgrad der Lohnpolitik in Deutschland (1961-1996\*)**



\* Für das Jahr 1991 wurden keine Daten angegeben, da die Umstellung der Statistik von West- auf Gesamtdeutschland die Datenlage verzerrt.

Quellen: OECD: Economic Outlook, Juni 1998; OECD: Statistical Compendium 1996; eigene Berechnungen.

Eine Reihe von weiteren empirischen Fakten zeigt auch, daß die derzeit wieder populäre keynesianische Argumentation auf äußerst wackeligen Füßen steht<sup>6</sup>. Erstens hat sich über die Konjunkturzyklen hinweg in Deutschland die Sockelarbeitslosigkeit deutlich erhöht, so daß die Arbeitslosigkeit nur zu einem geringen Teil auf zyklische Probleme zurückgeführt werden kann. Zweitens ist die mit einer stabilen (Lohn-) Inflationsrate vereinbare Arbeitslosenrate erheblich angestiegen, so daß ohne eine stärkere Disziplinierung des Lohnsetzungsverhaltens ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit sehr schnell die Lohninflation wieder aufleben lassen würde. Drittens hat sich auch die mit einer normalen Kapazitätsauslastung einhergehende Arbeitslosenrate stark erhöht. Folglich sind ein Anstieg der Investitionstätigkeit und damit eine höhere Sachkapitalrendite unabdingbare Voraussetzungen für einen Durchbruch an der Front der Arbeitslosigkeit. Schließlich haben sich viertens die Mismatch-Probleme verschärft, weil neben der Arbeitslosenrate auch die Quote an offenen Stellen massiv gewachsen ist. Mismatch-Probleme sind aber mit nachfragepolitischen Instrumenten nicht zu lösen, sondern vielmehr nur mit flexibleren Lohnstrukturen und mobileren Arbeitnehmern.

**War die Lohnpolitik zurückhaltend?**

Es gilt aber auch zu hinterfragen, ob die Lohnpolitik in Deutschland sich tatsächlich, wie behauptet wird, seit langer Zeit durchgehend zurückhaltend verhält. Auch diese These hält einer kritischen Überprüfung nicht stand. Der unbereinigte Aggressivitätsgrad der

Lohnpolitik läßt sich daran messen, wie sich das Verhältnis des nominellen BIP und des Bruttoeinkommens je Beschäftigten verändert hat<sup>7</sup>. Basierend auf dieser Methode gelangt man zu dem Ergebnis, daß Lohnzurückhaltung in den Jahren 1976-1979 und 1983-1990 sowie seit 1994 geübt wurde (vgl. Abbildung 3).

Diese Vorgehensweise hat aber den Nachteil, daß sie nicht zwischen der tatsächlichen und der von der Notenbank angestrebten Inflationsrate unterscheidet. Übersteigt die tatsächliche Inflationsrate den von der Bundesbank angestrebten Inflationskorridor von 0-2%, welcher mit Preisniveaustabilität als vereinbar erachtet wird, dann unterschätzt diese Methode systematisch den Aggressivitätsgrad der Lohnpolitik.

Ein nominelles BIP-Wachstum, das mit einer Inflationsrate von über 2% einhergeht, überschätzt den Verteilungsspielraum, weil die Notenbank gezwungen ist, mit einer restriktiven Geldpolitik dem übermäßigen Preisanstieg entgegenzuwirken. Eine Bereinigung läßt sich vornehmen, indem man bei der Berechnung der Wachstumsrate des BIP eine Inflationsrate von maximal 2% zuläßt. Der so bereinigte Aggressivitätsgrad fällt immer dann höher aus, wenn die tatsächliche Inflationsrate 2% übersteigt.

Für die Aggressivität der Lohnpolitik ergibt sich somit ein neues Bild: Eine zurückhaltende Lohnpolitik kann nur noch im Jahr 1979 und von 1984 bis zum Ende der achtziger Jahre sowie in den letzten Jahren seit 1994 ausgemacht werden. In der übrigen Zeit überstiegen die durchgesetzten Lohnsteigerungen dagegen den Verteilungsspielraum zum Teil deutlich.

Diese ganz andere und weitaus skeptischere Einschätzung der Lohnpolitik in Deutschland wird auch durch eine neuere Untersuchung zur „wage gap“, also zu der Differenz zwischen tatsächlichem Reallohn und der Grenzproduktivität der Arbeit bei Vollbeschäftigung, bestätigt<sup>8</sup>. Sie zeigt, daß in Deutschland seit 1973 im Gegensatz zu den USA stets eine ausgeprägte Lohnlücke zu verzeichnen ist. Sie war lediglich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre deutlich rückläufig und verschwand nur für den kurzen Zeitraum des Wiedervereinigungsbooms. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre waren aber auch im Prinzip den ökonomischen Erwartungen entsprechend, aber mit einer er-

heblichen zeitlichen Verzögerung, die seit langem größten Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Seitdem ist aber schon wieder ein deutlicher Anstieg der Lohnlücke in Deutschland aufgetreten, so daß anhaltende Lohnzurückhaltung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dringend geboten ist. Im Ergebnis ist die keynesianische Argumentation, welche die anhaltende Beschäftigungsmisere in Deutschland mit einer zu geringen Güternachfrage zu erklären versucht, auf keinen Fall zu halten.

### Die langfristige Sicht

Es ist die Crux einer jeden keynesianisch geprägten wirtschaftspolitischen Empfehlung, daß sie nur die kurze Frist im Auge hat. Zwar steckt in dem berühmten Keynes-Zitat „in the long run, we're all dead“ sicherlich viel Wahres. Allerdings ist die kurze Frist leider nur allzu oft zu kurz, als daß wir alle von den bereits mittelfristig auftretenden negativen Effekten verschont blieben. Auch aus einer langfristigeren Perspektive heraus erscheinen allerdings zwei Entwicklungen als erstaunlich. Zum einen ist erklärungsbedürftig, warum die Lohnquote unter den Stand von 1960 gefallen ist und dennoch eine in erster Linie durch klassisch strukturelle Faktoren hervorgerufene Beschäftigungsmisere zu beklagen ist. Zum anderen wirft die in den 90er Jahren steigende Arbeitslosigkeit bei sinkender Lohnquote einige Fragezeichen auf.

Diese beiden scheinbar paradoxen Entwicklungen könnten aber genau entgegen der keynesianischen Argumentation das mittel- bis längerfristige Resultat einer zu aggressiven Lohnpolitik und eines aufgrund politischer Eingriffe wenig funktionsfähigen Arbeitsmarktes sein. Eine aggressive Lohnpolitik, also ein Anstieg der Lohnkosten, welcher über das Trendwachstum der Arbeitsproduktivität hinausgeht, hat einen Rückgang der Lohnquote bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit zur Folge, wenn die Arbeitsnachfrage sehr elastisch auf Reallohnänderungen reagiert. Die Unternehmungen versuchen, die Kostensteigerung durch Freisetzungen und die dadurch erzielbaren Produktivitätssteigerungen wieder auszugleichen. Ein Rückgang der Lohnquote kommt gerade dann zustande, wenn so viele Arbeitnehmer entlassen werden, daß der negative Effekt der Entlassungen den positiven Effekt der Lohnsteigerungen auf die Lohnquote überwiegt.

Auch wenn man von keynesianischen Problemen absieht, kann kurzfristig aber kaum von einer derart hohen Reallohnelastizität der Arbeitsnachfrage ausgegangen werden, daß die Lohnsumme im Ergebnis sinkt. Kurzfristig ist Arbeit eher schlecht durch Kapital

<sup>7</sup> Vgl. H. Lehment: Geldpolitik und lohnpolitischer Verhandlungsspielraum in der Europäischen Währungsunion, in: Die Weltwirtschaft, Heft 1, 1998, S. 72-84.

<sup>8</sup> Vgl. S. Bentolila, G. Saint-Paul: Explaining Movements in the Labour Share, CEPR Discussion Paper Nr. 1958, London 1998, S. 35 f.

substituierbar, so daß das Bild von einer „putty clay“-Produktionsfunktion angemessen erscheint. Daß Reallohnänderungen kurzfristig die Arbeitsnachfrage relativ wenig beeinflussen, zeigt sich auch darin, daß die ohne Frage aggressive Lohnpolitik im Gefolge des ersten Ölpreisschocks 1973 und im Zuge des Wiedervereinigungsbooms jeweils einen deutlichen Anstieg der Lohnquote zur Folge hatte.

Langfristig ist die Situation jedoch ganz anders, weil im Zuge von Ersatz- und Neuinvestitionen die Produktionsfaktoren in einer höchst substitutionalen Beziehung zueinander stehen, so daß die Arbeitsnachfrage langfristig äußerst elastisch auf Reallohnänderungen reagiert. Eine langfristige Sichtweise muß die Auswirkungen der Lohnpolitik auf Kapitalbildung und Produktionstechnologie mitberücksichtigen. Es gilt daher zu klären, ob sich mit Hilfe der langfristigen Auswirkungen einer aggressiven Lohnpolitik und eines wenig funktionsfähigen Arbeitsmarktes hierzulande ein konsistentes Bild entwerfen läßt, welches die etwas paradox anmutenden Entwicklungen von Lohnquote und Arbeitslosigkeit in Deutschland insbesondere auch im Kontrast zu den USA überzeugend erklären kann.

#### Politisch verursachte Quasirenten

Der Frage, wie längerfristig eine rückläufige Lohnquote mit einer steigenden Arbeitslosigkeit einhergehen kann, die primär auf klassisch-strukturelle Faktoren zurückzuführen ist, haben sich in jüngster Zeit eine Reihe von Beiträgen gewidmet<sup>9</sup>. Zwei Faktoren scheinen für diese Entwicklung ausschlaggebend zu sein. Zum einen benötigen Anpassungen in der Höhe des Kapitalstocks und in der Produktionstechnologie Zeit. Überraschende Datenänderungen werden also von der Kapitalseite mit Verzögerung über einen sehr langen Zeitraum hinweg verarbeitet. Einmal erfolgte Anpassungen der Kapitalseite können dann aber auch nur sehr schwer und mit viel Geduld rückgängig gemacht werden. Zweitens ist der Produktionsprozeß stets durch die Existenz sowohl von originären als auch von politisch verursachten Quasirenten gekennzeichnet. Es ist nicht möglich, die Aufteilung dieser Quasirenten vor Aufnahme einer Arbeitsbeziehung zwischen Unternehmung und Arbeitnehmer glaubwürdig und endgültig vertraglich zu regeln. Ex-post-opportunistisches Verhalten ist stets möglich und zahlt sich aus.

Während die originären Quasirenten, die etwa auf firmenspezifisches Humankapital zurückzuführen sind, noch in allen hochentwickelten Industrieländern ungefähr in gleichem wachsenden Umfang auftreten, ist dies bei den politisch verursachten Quasirenten, wie etwa dem umfassenden Bestandsschutz für Insider und der großzügigen staatlichen Absicherung gegen Arbeitslosigkeit, gerade nicht der Fall. Vor allem seit dem massiven Ausbau des Wohlfahrtsstaates Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre in Deutschland läßt sich hier ein deutlicher Unterschied zu den USA feststellen.

#### „Enteignung“ des Kapitals

Der damals erfolgte Ausbau der Machtposition der Insider, welcher ihr Potential, die Kapitalseite auszubuten, erheblich steigerte, ist aber ein wichtiger Baustein, um die nur scheinbar paradoxe Situation zu erklären, daß die Lohnquote mittlerweile das niedrigste Niveau seit Beginn des Beobachtungszeitraums erreicht hat, während die Arbeitslosenrate sich in diesem Jahr zumindest kurzzeitig auf dem höchsten Niveau der Nachkriegsgeschichte befand. Der Ausbau politisch verursachter Quasirenten zugunsten der Arbeitnehmer stellte für die Unternehmungen einen Enteignungsschock dar, weil sie dadurch einen Teil ihrer im Produktionsprozeß entstehenden Quasirenten an die Arbeitnehmer abtreten mußten. Dem konnten sie zwar kurzfristig recht wenig entgegensetzen, langfristig veranlaßte sie dies aber zu um so drastischeren Anpassungsmaßnahmen. In der kurzen Frist ist das Kapitalangebot unelastisch, und die Substitution von Arbeit durch Kapital ist nur schwer möglich, die Substitutionselastizität zwischen diesen beiden Faktoren ist kleiner als eins. Als vorläufiges Ergebnis einer aggressiven Lohnpolitik steigt die Lohnquote, und möglicherweise kommt es sogar zu einem Aufflackern der Konjunkturflamme durch die erhöhten Einkommen der Arbeitnehmer. Es scheint zunächst alles nach keynesianischem Muster zu verlaufen.

Langfristig sind jedoch zwei weitere Effekte ausschlaggebend. Das Kapitalangebot ist wesentlich elastischer, in einer kleinen offenen Volkswirtschaft sogar vollkommen elastisch. Wenn die Arbeitnehmer in der Lage sind, sich ein größeres Stück vom Kuchen der Quasirenten abzuschneiden, bleiben Investitionen vor allem in arbeitsintensiven Branchen in Deutschland aus, und das Kapital wird sich nach alternativen Standorten im Ausland umsehen. Darüber hinaus kommen im Zeitablauf die Auswirkungen des technischen Fortschritts zum Tragen. Der technische Fortschritt fällt aber nicht einfach wie Manna vom Himmel. Auch er

<sup>9</sup> Vgl. u.a. R. Caballero, M. Hammour: Jobless Growth: Appropriability, Factor Substitution, and Unemployment, NBER Working Paper 6221, Cambridge (MA) 1997; sowie O. Blanchard: The Medium Run, Brookings Papers on Economic Activity, 1997 (2), S. 89-158.

orientiert sich an den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten. Da der Faktor Arbeit gegenüber dem Kapital relativ teurer wird, werden langfristig Produktionsverfahren entwickelt, die mit relativ weniger Arbeitskräften auskommen. Dies bewirkt schließlich, daß die Rendite von neuen Investitionen, die in Deutschland getätigt werden, wieder auf das Weltmarktniveau steigt.

Die „Enteignung“ des Kapitals durch die Arbeitnehmer führt aber nicht nur dazu, daß Arbeitsplätze aufgrund von Rationalisierungsinvestitionen verlorengehen, was ja für sich genommen bereits dem ursprünglichen Anstieg der Lohnquote entgegenlaufen würde. Darüber hinaus können in einem solchen Umfeld langfristig die Löhne aufgrund der verzerrten Allokation der Ressourcen sogar sinken. Die Enteignung des Kapitals führt insgesamt zu einer verlängerten Nutzungsdauer der einzelnen Kapitaljahrgänge, weil es wegen des kleineren Anteils für Kapital länger dauert, bis sich die Anlagen amortisiert haben. Dadurch kommt es aber zu einer verlangsamten Erneuerung des Kapitalstocks und zu technologischer Sklerose. Weiterhin führt es dazu, daß die Einheit von Schöpfung und Zerstörung auseinanderfällt. In Rezessionen werden dann übermäßig viele Arbeitsplätze vernichtet, während in Aufschwungphasen zu wenig neue geschaffen werden. Eine aggressive Lohnpolitik trägt über diesen Zusammenhang mit zu dem in Deutschland zu beobachtenden Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit bei<sup>10</sup>.

### Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

Aus diesen Überlegungen heraus liegen die Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik und insbesondere für die Lohnpolitik auf der Hand. Das „Ende der Bescheidenheit“, mit dem einige Gewerkschaften derzeit dem noch zarten Sproß der Lohnzurückhaltung zu Leibe rücken wollen, führt langfristig geradewegs in eine noch größere Bescheidenheit, nämlich zu „bescheidenden“ Löhnen und Beschäftigungsaussichten. Mag in der sehr kurzen Frist die keynesianische Idee der Kaufkraftstärkung möglicherweise noch Früchte tragen, so sind an der langfristigen Wirksamkeit jedoch erhebliche Zweifel angebracht. Arbeitsintensive Produktionsstufen werden in das Ausland verlagert, der technische Fortschritt wird dahin gelenkt, möglichst arbeitssparend zu wirken, und Neuinvestitionen dienen mehr und mehr der Rationalisierung, während

arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen unterdrückt werden. Die Folge ist genau das beklagte Phänomen einer langfristig sinkenden Lohnquote bei steigender Arbeitslosigkeit.

Die kurzfristig eingefahrenen Früchte werden schnell faul und vergiften dauerhaft das beschäftigungspolitische Klima in Deutschland. Doch genauso wie aggressive Lohnpolitik langfristig zu Lohn- und Beschäftigungsverlusten führt, so ist Lohnzurückhaltung langfristig ein Positivsummenspiel, bei dem auch die Arbeitnehmer in Form höherer Löhne und besserer Beschäftigungsaussichten gewinnen. Aufgrund der ausgeprägteren Kapitalbildung und der effizienteren Allokation der Ressourcen kommt es zu höherem Wachstum, von dem auch die Arbeitnehmer profitieren. Allerdings braucht eine solche zurückhaltende Lohnpolitik einen langen Atem. Genau wie bei aggressiver Lohnpolitik die negativen Auswirkungen erst mittel- bis langfristig zum Vorschein kommen, wird es bei zurückhaltender Lohnpolitik erhebliche Zeit dauern, ehe sich die positiven Lohn- und Beschäftigungseffekte voll entfalten können.

Wichtig ist es in diesem Zusammenhang aber auch, auf die primären Ursachen einer wenig beschäftigungsorientierten Lohnpolitik hinzuweisen. Auslöser sind in erster Linie die nach wie vor recht große Schlagkraft zentral organisierter Gewerkschaften, denen das Tarifvertragsgesetz letztlich ein Vertretungsmonopol für die Arbeitnehmerseite in Kollektivverhandlungen einräumt, der umfassende Bestandsschutz für die Insider sowie die großzügigen Transferzahlungen an Arbeitslose. Diese drei politisch gesetzten Elemente bestimmen den Enteignungsspielraum, den die Arbeitnehmer im Verteilungskampf um die Quasirenten im Produktionsprozeß haben.

Insofern sollte es nicht verwundern, daß vor allem zu Beginn der 70er Jahre die Lohnquote angestiegen ist. Denn in dieser Zeit sind auch Bestandsschutz und Arbeitslosenversicherung weiter ausgebaut worden, was keineswegs zufällig mit der zentralistisch organisierten „Konzertierten Aktion“ einherging. Gerade jetzt muß darauf geachtet werden, daß nicht unter dem Deckmantel des anvisierten Projektes „Bündnis für Arbeit“ ähnliche Fehler wiederholt werden. Eine ganze Reihe von angekündigten Maßnahmen im Bereich des Sozialstaates, des Kündigungsschutzes sowie im Steuerrecht deuten an, daß der deutschen Wirtschaft ein neuerlicher Enteignungsschock mit langfristig fatalen Folgen für Beschäftigung und Einkommenszielungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer bevorsteht. Es kann nur dringend davor gewarnt werden, erneut eine solche Abwärtsspirale in Gang zu setzen.

<sup>10</sup> Vgl. R. Caballero, M. Hammour: The Macroeconomics of Specificity, in: Journal of Political Economy, Vol. 106 (1998), 4, S. 724-767.